

mandelbaum *verlag*



Barbara Serloth

# VON OPFERN, TÄTERN UND JENEN DAZWISCHEN

Wie Antisemitismus die Zweite Republik  
mitbegründete

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung durch

MA 7 – Kulturabteilung der Stadt Wien, Referat Wissenschafts- und  
Forschungsförderung  
Nationalfonds der Republik Österreich

[www.mandelbaum.at](http://www.mandelbaum.at)

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien 2016  
Alle Rechte vorbehalten  
ISBN 978-3-85476-497-7

Lektorat: ERHARD WALDNER  
Satz: KEVIN MITREGA  
Umschlaggestaltung: MICHAEL BAICULESCU  
Umschlagbild: ERICH LESSING  
Druck: PRIMERATE, Budapest

# INHALT

- 7 Vorwort
- II Einleitung
  - 20 *Vorgangsweise*
- 37 1. Annäherung an den Begriff „Antisemitismus“  
aus politikwissenschaftlicher Sicht
  - 69 *Fazit*
- 72 2. Die österreichische Interpretation der nahen Zeitgeschichte  
und der Neubeginn 1945
  - 72 *Die Stunde null und die Bedeutung der Begriffswahl*
- 78 Der Opfermythos: Österreich, das Opfer und sonst gar nichts
- 98 Österreichs Anspruch eines Neubeginns  
inklusive einer Absolution
- 103 Der Staatsvertrag und das (Ver-)Schweigen
  - 107 *Exkurs: Die Rebellen gegen den Opfermythos. Die  
Aufreger – Qualtinger/Merz, Bernhard/Peymann, Ringel*
  - 116 *Die Wir-Gemeinschaft der „echten“ Österreicher und  
Österreicherinnen*
  - 159 *Die Verweigerung der Realität der nahen Zeitgeschichte –  
systemimmanenter Teil der Politik der Nachkriegsjahre*
  - 168 *Fazit*
- 171 3. Über Rückgabe und Rückkehrende
  - 171 *Kontinuität in jeder Hinsicht*
  - 181 *Der Antisemitismus der Gründerväter –  
Kunschak und Renner*
  - 211 *Die große Unlust gegenüber der Restitution*
  - 251 *Die Rückkehrenden, die Emigranten  
und die Dazukommenden*
  - 277 *Fazit*
- 282 Abkürzungsverzeichnis
- 283 Literaturverzeichnis



Antisemitismus ist kein aus dem  
gesellschaftlichen Kontext zu  
isolierendes Vorurteil gegen eine  
bestimmte Minderheit,  
Antisemitismus ist vielmehr  
der Prototyp des sozialen  
und politischen Ressentiments  
und darum auch ein Indikator  
für den Zustand der Gesellschaft.

*Wolfgang Benz*

## VORWORT

Der Antisemitismus war und ist ein unrühmlicher, aber fester Bestandteil der europäischen, insbesondere der mitteleuropäischen und damit der österreichischen Geschichte. Trotz der Aufarbeitungsarbeit nach dem Holocaust, die in Österreich spät, aber doch einsetzte und wirkte, trotz der Liberalisierung der europäischen Gesellschaften, des Aufbrechens patriarchaler obrigkeitstaatlicher Denkmodelle und starrer konservativ-religiöser Werterhaltungen hin zu einem offenen, freien Miteinander können wir nicht umhin festzuhalten, dass auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Antisemitismus noch immer ein bestimmender gesellschaftlicher und politischer Faktor ist. Dieser ernüchternde Zustand ergibt sich aus einer – beinahe als bunt zu bezeichnenden – Mischung aus alten und neuen antisemitischen Ressentiments und Stereotypen, aus der Werteresistenz und den hinzukommenden neuen, durch die Globalisierung nach Europa getragenen Antisemitismen. Besorgniserregend und bedrohlich wird dieses Konglomerat durch die schlichte Tatsache, dass wir in Europa gegenwärtig mit einer Zunahme an antisemitischen Feindseligkeiten und Taten konfrontiert sind.

Begründungen, Erklärungen und Interpretationen des Antisemitismus gibt es viele und viele kluge, aber kaum eine, die diesen Ismus fassbar machen könnte. Der Nährboden für seine Weitertradierung,

seine Abwandlungen, seine „Ergänzungen“ ergibt sich durch eine Vermengung aus dem „historisch-traditionellen“ europäischen Antisemitismus, den althergebrachten, einfach übernommenen Vorurteilen (die auch dort noch wirken, wo längst geglaubt wird, jenseits jedwedes Antisemitismus zu stehen), den neuen nachnazistischen Varianten (die unter Begriffen wie „sekundärer Antisemitismus“ oder „Antisemitismus ohne Juden“ zu beschreiben versucht werden) bis hin zu den im linken ideologischen Spektrum vertretenen Antisemitismen, die vor allem im Antizionismus ihren Ausdruck finden, sowie jenen Formen, die sich im – für Europa neuen – islamischen religiös-politischen Antisemitismus äußern. Es ist ein Sammelsurium, in dem sich viel Abgewandeltes, Retuschiertes, mit dem Strafgesetzbuch und der allgemeinen Grundvorstellung der liberalen Gesellschaftsordnung Abgestimmtes mit purem Ewig-Gestrigem und neuem Politisch-Religiösem verbindet. Es ist jene Mischung, aus der sich die Selbstverständlichkeit der Diskriminierung, Zurückweisung, der Verweigerung, Marginalisierung, Verharmlosung und Vorenthaltung begründet und die immer öfter auch wieder in dumpfbackiger Gewalt mündet.

Das im Jahr 2014 neue, massive Aufflackern oder zum Teil auch Auflodern des Antisemitismus in Europa, in seinen Gesellschaften, politischen Diskursen und vor allem auch in den sozialen Medien verdeutlicht die Hartnäckigkeit, aber auch Anpassungsfähigkeit dieses Ismus bzw. jener, die ihn vertreten. Seit dem Ende des Nationalsozialismus wurden antisemitische Wortmeldungen aus der Öffentlichkeit selektiert. Nun sind sie ungefiltert und offen wieder Teil der (sozial)medialen Öffentlichkeit und der öffentlichen Wortmeldungen. Auf die Diskrepanz zwischen öffentlicher bzw. „massenmedialer Sekundärkommunikation und der Primärkommunikation in Teilen der Bevölkerung“<sup>1</sup> wurde vielfach bereits verwiesen. Nichtsdestotrotz wiegte man sich in (Mittel-)Europa wohl zu sehr in der Gewissheit, dass die Ausblendung des Antisemitismus aus dem öffentlichen Diskurs gleichbedeutend mit seiner Minimierung oder gar Eliminierung sei. Seit dem Sommer 2014 muss dies – wieder einmal – als kurzsichtiger Selbstbetrug gewertet werden.

1 Jürgen Bellers, Moralkommunikation und Kommunikationsmoral, in: Bergmann/Erb (Hg.), Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 279 ff.

Der wieder aufgeflamte Antisemitismus zeigt deutlich, dass die Beschäftigung, die Aufarbeitung, die Erinnerungsarbeit noch lange nicht ad acta gelegt werden können, sondern ein Teil unseres gesellschaftspolitischen Engagements sein müssen. Für Österreich boten und bieten sich dabei eine Unzahl an Betätigungsfeldern an. Für die hier vorliegende Arbeit wurde das Spannungsfeld der Nachkriegs- und Wirtschaftswunderjahre der Zweiten Republik gewählt. Nun lässt sich bestimmt nicht behaupten, dass diese nicht bereits vielfältigen zeit- und politikwissenschaftlichen Arbeiten unterzogen worden sind. Die politischen Handlungen, die Zusammenhänge, die machtpolitischen Ziel- und Umsetzungen wurden beleuchtet, die gesetzten Normen analysiert. Aber die Frage, warum die politischen neuen/alten Eliten die Normensetzung in der getroffenen und nicht in einer anderen Ausrichtung beschlossen, blieb zum Teil unbeachtet. Nicht die Normen an sich standen demnach für mich im Zentrum des Interesses und auch nicht die quantitative Einschätzung des vorhandenen Antisemitismus, sondern die Frage nach dem Hintergrund der Ausrichtung der Normen, welche die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die politische Behandlung der NS-Opfer und die Restitutionsproblematik regelten. Die Bilder, die im politischen Diskurs verwendet wurden, um die eigene Argumentationslinie zu untermauern, waren von zentraler Bedeutung. Dies ergibt sich aus ihrer Bedeutung innerhalb der politischen Diskussion und Kommunikation. Gleichzeitig können anhand der sprachlichen Bilder nicht nur die offenen, sondern auch die versteckten, die „nicht aktiven“ Antisemitismen aufgezeigt werden.

Dass der Beginn der „intensiven Schreibphase“ des vorliegenden Buches in den Sommer 2014 fiel, verdeutlichte für mich, dass die Fragestellungen rund um den Antisemitismus der Gründungsjahre der Zweiten Republik noch immer als aktuell eingestuft werden müssen. Zweifelsfrei haben sich innerhalb des Politischen zentrale Veränderungen vollzogen. Österreich ist weit weniger antisemitisch als zu Beginn der Zweiten Republik. So selbstverständlich wie in den 1940er und 1950er Jahren würde heute kaum jemand im öffentlichen Diskurs antisemitische Andeutungen von sich geben. Nichtsdestotrotz bleibt der Antisemitismus, bleiben antisemitische Anspielungen und Stereotype Teil des Politischen. Vielleicht ist es gerade deshalb wichtig, die Nachhaltigkeit des Antisemitismus der Gründungsjahre zu verstehen.

Wie bei allen Arbeiten ist man einer Unzahl anderer Menschen zu Dank verpflichtet. Ich möchte mich vor allem bei Ernst Lessing dafür

bedanken, dass er mir sein wunderbares Foto für das Buchcover zur Verfügung gestellt hat. Weiters möchte ich mich bei Hannah Lessing für ihre Gespräche mit mir bedanken und auch bei Rudi Gelbard, der mir bei so vielen Gelegenheiten die „Selbstverständlichkeiten“ näherbrachte. Ich möchte mich auch bei Wolfgang Maderthaler und Gertrude Enderle-Burcel für ihr Wissen, das sie mir zur Verfügung stellten, bedanken. Und natürlich muss ich mich, wie immer, bei meinem Mann bedanken, der auch diesmal seine Urlaube und Freizeit mit Frau und deren Laptop verbrachte und mir – in gar nicht so wenigen – beherzt-konstruktiven Diskussionen half, die Auslotung meines Antisemitismusansatzes und dessen Umsetzung in den Analysen vorzunehmen.

# EINLEITUNG

Als sich im Jahr 1945 die provisorische Regierung unter Karl Renner konstituierte und die ersten Schritte in Richtung des (Wieder-)Aufbaus eines demokratischen Staates gesetzt wurden, waren die beiden großen gemeinsamen Nenner, die über alle ideologischen Gräben eine Gemeinsamkeit erzeugten, die anti-nationalsozialistische Grundhaltung aller Beteiligten und die Grundidee des Opfermythos Österreichs. Beides war für die Gestaltung und das Selbstverständnis der neuen Republik von zentraler Bedeutung. Und beides war für die Ausformulierung des neuen Wir-Gefühls und daher auch des Wir-und-die-Anderen prägend.

Sowohl der provisorischen Regierung als auch der ersten nach freien Wahlen gebildeten Bundesregierung unter Leopold Figl gehörten eine Anzahl an Männern an, die entweder als NS-Opfer verfolgt und zum Teil in Konzentrationslagern inhaftiert oder – wie im Fall der KPÖ-Politiker – im Moskauer Exil gewesen waren. Sehr viele der Vertreter und Vertreterinnen der politischen Eliten Österreichs waren sofort nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1938 mit dem sogenannten „Prominententransport“ in das KZ Dachau verfrachtet worden. Viele kommunistische und sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen hatten 1938 bereits Jahre der politischen Verfolgung, der Inhaftierung oder des Exils hinter sich. Sie wurden nicht erst vom nationalsozialistischen Regime, sondern bereits ab 1934 vom austrofaschistischen System in die politische Illegalität mit all ihren Gefahren und Entrechtungen gedrängt. Diese Erfahrungen wurden gemeinsam mit dem gesamten Austrofaschismus weitgehend durch den sogenannten „Geist der Lagerstraße“ in die gesamtgesellschaftliche Demenz geschoben, obwohl nichtsdestotrotz das politische Lagerdenken noch lange die österreichische Realverfassung und Politikarchitektur prägte.

Die These von Österreich als erstem Opfer Hitlerdeutschlands war für die Zweite Republik nicht nur identitätsstiftend, sondern auch einer der Grundpfeiler des neuen außenpolitischen Selbstverständnis-

ses und der innenpolitisch ausgerichteten Normsetzungen der Aufbauarbeit der Politikarchitektur. Von Beginn der Zweiten Republik an waren damit zwangsweise auch die Verdrängung und Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Schuld- und Täterfrage begründet. Gesellschaftspolitisch zerbrach diese Geschichtsdarstellung erst mit der tiefgreifenden und die österreichische Gesellschaft aufrüttelnden Waldheim-Affäre. In Reaktion darauf und wohl auch, weil die „Zeit mehr als reif dafür war“, wurde von offizieller Seite mit der legendären und auch mutigen Rede des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Nationalrat diese Geschichtsinterpretation durch eine den Tatsachen entsprechende Sichtweise ersetzt.<sup>2</sup> Vranitzky relativierte in seiner Rede nicht nur die Opferthese, sondern bekannte sich zur Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus und zu einer kollektiven Verantwortung des Staates Österreich. Zwei Jahre später wiederholte er in einer Rede vor der Knesset die Verantwortung Österreichs für den Nationalsozialismus und dessen Untaten, und im darauffolgenden Jahr untermauerte Waldheims Nachfolger im Amt, Thomas Klestil (der von der ÖVP aufgestellt worden war), bei seiner Israelreise das neue historische Bewusstsein Österreichs.

An der allgemeinen Kommunikationslatenz änderte aber auch diese nicht unerheblich veränderte Einschätzung der eigenen Zeitgeschichte kaum etwas. Dies liegt wohl auch in der Tatsache begründet, dass die Umdenkprozesse nicht die Gesamtgesellschaft erfassten und mehr im intellektuellen, urbanen Bereich stattfanden. Gesellschaftlich breiter angenommen wurde bloß die Notwendigkeit der Ausblendung der negativen Werthaltungen. Die Stereotype selbst wurden jedoch – wie vielfältige Umfragen unter Beweis stellen – noch Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus keineswegs infrage gestellt. Das Einzige, was geschah, war die Schaffung einer neuen Bewusstseinshaltung, was opportun sei, und die allgemeine Anpassung daran. Jürgen Bellers verweist, sich auf Niklas Luhmann beziehend, auf die Macht der Moralkommunikation sowie der institutionellen, politischen, massenmedialen Latenz. Er meint: „Die Latenz stellt den Filtermechanismus dar, durch den Antisemitismus in der Bundesrepublik aus der

2 Stenographisches Protokoll, 35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. GP 8. Juli 1991, S. 3279–3283. (In den folgenden Anführungen werde ich auf den Hinweis „des Nationalrates der Republik Österreich“ verzichten. Nur die Stenographischen Protokolle aus der Ersten Republik werden zur Gänze zitiert.)

repräsentativen Öffentlichkeit herausgehalten wird.“<sup>3</sup> Damit müssen wir uns jedoch eingestehen, dass die Latenz nur der Verharmlosung des allgemeinen Antisemitismus diene und dient. Durch sie wird bloß die Zurückdrängung des Antisemitismus suggeriert, die abnehmende Zahl jener, die antisemitische Vorurteile hegen. Mit dem Vorhandensein des Antisemitismus selbst hat die Latenz nichts zu tun. Ihre Funktion liegt damit vor allem in der Signalwirkung, die hinsichtlich des politischen Nicht-Akzeptierens gesetzt wird.

Bergmann/Erb verweisen in ihrem 1990 veröffentlichten Standardwerk auf die Notwendigkeit der klaren Differenzierung der Formen des Antisemitismus vor und nach dem NS-Regime. Ihre Bemängelung der allgemeinen Forschungslage und ihre Forderung nach genauer Untersuchung der Diskontinuitäten und Kontinuitäten sind auch 25 Jahre später leider noch immer aktuell. Realpolitisch ist für uns vor allem ihr Hinweis auf den Unterschied zwischen den deutschen und österreichischen politischen Eliten von Interesse. Sie führen aus: „Trotz der genannten Inkongruenzen sind sich die Eliten in der Bundesrepublik – für Österreich mag dies nicht so klar sein – in der Ächtung des Antisemitismus einig: der Anti-Antisemitismus stellt geradezu einen Prüfstein der Demokratie dar und war sicherlich politisch notwendig, um die Vorurteilstradierung und Bildung neuer Kristallisationskerne zu verhindern.“<sup>4</sup>

Damit sprechen sie den großen Unterschied zwischen dem offiziellen Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland und Österreich an. Österreich zog sich auf eine umfassende, alles überdeckende Opferthese zurück und erklärte den gesamten Nationalsozialismus zu einem Problem Deutschlands. Damit wurden die Entnazifizierung und somit auch das Eintreten gegen den Antisemitismus, da nicht offiziell forciert, zweitrangig. Ruth Beckermann verweist in diesem Zusammenhang in ihrer Aufarbeitung „Unzugehörig“ auf die Tatsache, dass die Delegation der Aufarbeitungsarbeit der nationalsozialistischen Zeit zur Unterstreichung der Ansicht führte, der Nazismus sei etwas Fremdes gewesen, das mit dem österreichischen Volk nichts zu

3 Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991, S. 281. Es braucht nicht extra betont zu werden, dass dies auch für Österreich gilt.

4 Werner Bergmann/Rainer Erb (Hg.), Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, Vorbemerkung, S. 15.

tun hätte. „Ob wir es wollen oder nicht: der Nazi in unserem Kopf spricht nicht wienerisch.“<sup>5</sup>

Die österreichische Position gegenüber der Beteiligung Österreichs bzw. der österreichischen Bevölkerung am Nationalsozialismus, an dessen rassistischem und antisemitischem Mordsystem sowie am Zweiten Weltkrieg beruht auf einer machtpolitischen Logik. Hätte man von Seiten der neuen/alten politischen Eliten eingestanden, dass nicht nur ein Teil der österreichischen Bevölkerung sehr wohl eine „aktive Rolle“ im Nationalsozialismus ausgeübt bzw. das NS-Terror-system unterstützt hatte, dass der „Anschluss“ ein von großen Teilen der Bevölkerung begrüßter Anschluss und keine Okkupation gewesen war und dass die Entstehung der nationalsozialistischen Ideologie auch ein Stück der ideologie- und gesellschaftspolitischen Geschichte Österreichs darstellt, wäre die Schuldfrage zwangsweise von Anfang an völlig anders zu interpretieren gewesen. Man hätte die Opferthese selbst infrage gestellt bzw. stellen müssen. Die Ausblendung der rassistisch verfolgten Opfer war zynisch und menschenverachtend, gleichzeitig war sie machtpolitisch gesehen zielführend. Durch und mit ihr war es Österreich möglich, die eigenen politischen Ansprüche vor allem außen- und wirtschaftspolitisch durchzusetzen. Dass diese Ausblendung aber nicht nur den politischen Realitäten „geschuldet“ war, sondern durch ein als antisemitisch zu bezeichnendes Selbstverständnis von Österreich als Identitätsgemeinschaft getragen wurde, zeigt sich u.a. auch durch die grundsätzliche Ausklammerung der „rassisch“ Verfolgten. So wurden alle „nur rassisch“ Verfolgten beim ersten beschlossenen Opferfürsorgegesetz nicht zu dem Personenkreis gezählt, dem eine Unterstützung gewährt werden sollte. Die Ende Oktober 1945 erlassene Opferfürsorgeverordnung basierte auf der Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten (jenen, die aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten) und allen anderen Opfergruppen und hielt lapidar fest: „Rassisch Verfolgte, die den Nachweis eines solchen aktiven Einsatzes nicht aufzubringen vermögen, sind ebenso wie alle anderen passiv zu Schaden gekommenen Österreicher in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.“ Im Jahr 1947 ersetzte der sozialdemokratische<sup>6</sup> Sozialminister Karl Maisel (selbst zwischen 1938 und 1940 im

5 Ruth Beckermann, Unzugehörig. Österreichische Juden nach 1945, Wien 1989, S. 25.

6 Die SPÖ hatte im 20. Jahrhundert unterschiedliche Namen. Bis 1934 nannte sie sich „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, am 14. April 1945 wurde sie als „So-

KZ Buchenwald inhaftiert) bei der Opferfürsorgekommission den Vertreter der Kultusgemeinde durch einen SPÖ-Vertreter.<sup>7</sup> Es war ein deutliches Zeichen, dass Juden nicht als Gleiche unter Gleichen anerkannt wurden und von Anfang an als Opfergruppe, aber nicht als selbstverständlicher Teil der österreichischen Identitätsgemeinschaft wahrgenommen wurden.

Der „Erfolg“ der Opferthese war allerdings breiter angelegt als nur im machtpolitischen Segment. Die Opferthese durchdrang die Gesellschaft in allen ihren Schichten. Für die deutsche Situation, die ohne den österreichischen Part an Rührseligkeit auskam, führten Alexander und Margarete Mitscherlich an, dass hierbei die individuelle Enttäuschung und weniger die gesamtheitliche Schuldfrage zum Tragen gekommen sei.<sup>8</sup> Die braven Bürger in Deutschland, Österreich und weiteren Teilen Europas, die nur ihre Pflicht getan hatten, wie dies auch der Bundespräsidentenskandidat und spätere Bundespräsident Kurt Waldheim in seinem Wahlkampf zum Ausdruck brachte, sahen weder kurz nach dem Krieg noch in den Folgejahren ein, dass sie nicht ihre Pflicht hätten tun sollen oder dass, was sie getan hatten, gar nicht ihre Pflicht gewesen war. Die Einstellung jener, die dem Nationalsozialismus durchaus positiv gegenübergestanden oder ein aktiver Bestandteil davon gewesen waren, basierte zum einen auf den Enttäuschungen über die Leiden und Entbehrungen und die nicht erfüllten Erwartungen, zum anderen wurde akzeptiert, dass man sich der Empörung über den Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit beugen musste. Dies wurde allerdings vor allem dem Status des „Besiegten“ zugewiesen. Beides bedingte nicht an sich eine Infragestellung und Neuausrichtung. Damit stand die Einschätzung der Individuen

zialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)“ wiedergegründet, 1991 benannte sie sich in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ um. Um die Lesbarkeit zu erhöhen, wird die SPÖ in Folge als „Sozialdemokratie“, ihre Politiker und Politikerinnen werden als sozialdemokratisch bezeichnet. Dies scheint legitim zu sein, da sich die SPÖ bis zu ihrer Illegalisierung (am 14. Februar 1934 wurde sie vom austrofaschistischen Regime verboten) sozialdemokratisch nannte und zwischen 1945 und 1991 eine pragmatische, eher sozialdemokratische Politik vertrat. Die Verkürzung ist mir bewusst.

7 Vgl. Helga Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995, S. 110.

8 Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1980, S. 53 ff.